Bevor uns der Coronavirus umbringt, tötet uns der Hunger: Der neunundreissigste Newsletter (2020).



Baasanjav Choijiljav (Mongolien), *Versprechen*, 2018.

Liebe Freund*innen

Grüsse vom Schreibtisch des **Tricontinental: Institute for Social Research**.

Im April 2020, einen Monat nachdem die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Pandemie ausgerufen hatte, **warnte** das Welternährungsprogramm der UNO (WFP), dass sich die Zahl der Menschen, die weltweit mit akutem Hunger leben, aufgrund von COVID-19 bis Ende 2020 verdoppeln werde, «wenn nicht

rasch gehandelt wird». In einem Bericht des Globalen Netzwerks gegen Nahrungsmittelkrisen – das sich aus dem WFP, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) und der Europäischen Union zusammensetzt – **hiess** es, dass die Pandemie das höchste Maß an Ernährungsunsicherheit seit 2017 verursachen werde.

Keiner dieser Berichte schaffte es auf die Titelseiten. Es wurde kaum beachtet, dass es sich hier nicht um eine **Krise** der Nahrungsmittelproduktion handelt – denn wir haben genug Lebensmittel auf der Welt, um alle zu ernähren –, sondern um eine Auswirkung sozialer Ungleichheit. Diese Krise – die Hunger-Pandemie – hätte die Aufmerksamkeit aller Länder auf sich ziehen müssen. Hat sie aber nicht. Abgesehen von einigen wenigen **Ländern** – wie China, Vietnam, Kuba und Venezuela – wurde wenig getan, um Massenernährungsprogramme zu schaffen, die hungersnotähnliche Zustände verhindern könnten (vor denen die FAO ja im Mai **warnte**).

Sechs Monate nach dem Ausbruch der Pandemie bleibt die Frage des Hungers ein brandaktuelles Thema. Im September veröffentlichte das Globale Netzwerk gegen Nahrungsmittelkrisen einen neuen **Bericht** über die sich verschlimmernde Krise. FAO-Generaldirektor Qu Dongyu **warnte** vor einer «drohenden Hungersnot» in vielen Teilen der Welt, insbesondere in Burkina Faso, Südsudan und Jemen. Es wird inzwischen geschätzt, dass jeder zweite Mensch auf der Welt mit Hunger kämpft. Niemand sollte hungrig ins Bett gehen müssen.



Shaima al-Tamimi (Jemen), *So fern und doch so nah*, 2019.

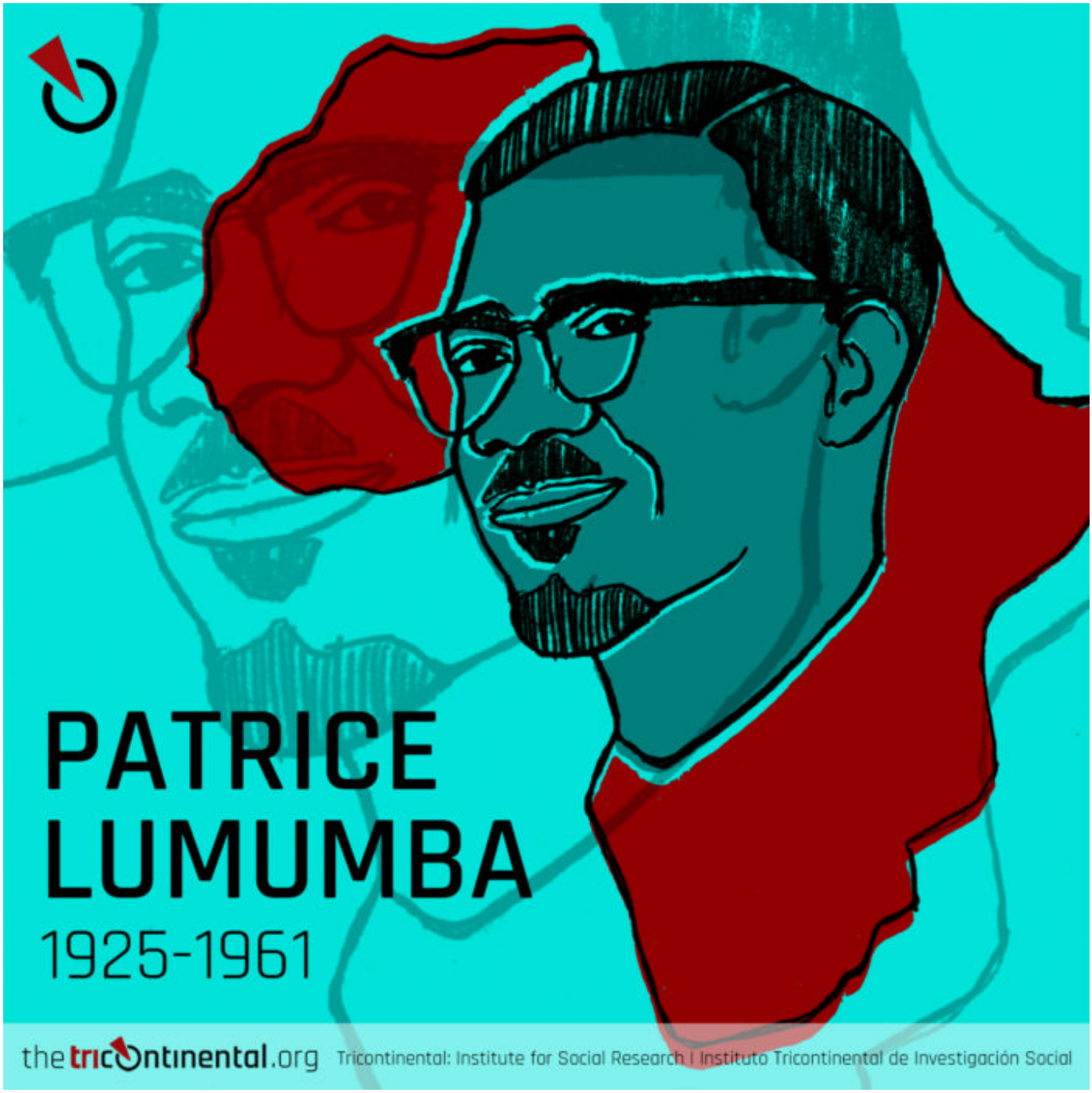
Der Jemen, mit einem unnachgiebigen Krieg konfrontiert, der von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (mit voller Unterstützung des Westens und der Waffenhersteller) geführt wird, muss Hungersnot, Wüstenheuschrecken und nun auch der Ungeheuerlichkeit der Pandemie widerstehen. Zwei Tage, nachdem Qu diese Bemerkungen gemacht hatte, plädierte UN-Generalsekretär Antonio Guterres für ein Ende des Krieges gegen den Jemen. Er **sagte**, dass der Krieg «die Gesundheitseinrichtungen des Landes dezimiert» habe, die nun nicht in der Lage seien, die fast eine Million COVID-19-Fälle im Land zu behandeln. Der Krieg habe «das Leben von Dutzenden Millionen Jemeniten verwüstet», sagte er.

Es ist wichtig zu verstehen, dass die Gesamtbevölkerung des Jemen vor Beginn des saudi-arabischen Krieges im Jahr 2015 nur 28 Millionen betrug, was bedeutet, dass mit «Dutzenden Millionen» fast das gesamte jemenitische Volk gemeint ist. Ein neuer UN-**Bericht** zeigt, dass Kanada, Frankreich, der Iran, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten diesen Konflikt weiterhin mit Waffenverkäufen anheizen. Der Druck auf die Saudis und Emiratis sowie auf die westlichen Waffenhändler, diesen Krieg gegen das jemenitische Volk zu beenden, sollte im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen. Es ist ein Krieg, der dem Jemen den Hungertod bringt.



Tshibumba Kanda-Matulu (DRC), *Simba Bulaya* («Löwen Europas»), 1973.

Ebenso wenig im Bewusstsein der Weltöffentlichkeit präsent ist der anhaltende Krieg in der Demokratischen Republik Kongo (DRK), der zu einem großen Teil auf die Präsenz unschätzbarer Ressourcen im Land zurückzuführen ist (z.B. Kobalt, Coltan, Kupfer, Diamanten, Gold, Öl und Uran). Der Krieg, die wirtschaftliche Not und starke Regenfälle haben bis Dezember 2019 21,8 Millionen Menschen (von insgesamt 84 Millionen Einwohner*innen) in den akuten Hunger **getrieben**, eine Situation, die sich seit dem Ausbruch von COVID-19 noch verschärft hat. Die sozialen Indikatoren in der DRK sind miserabel: 72% der Bevölkerung leben **unterhalb** der nationalen Armutsgrenze, **während** 95% ohne Strom leben. Dies sind nur zwei Zahlen, aber die vielleicht beeindruckendste ist der Ressourcenreichtum, der auf einen Wert von 24 Billionen Dollar geschätzt wird. Nur ein kleinster Teil dieses Reichtums kommt den Menschen im Kongo zugute.



Als Premierminister Patrice Lumumba am 30. Juni 1960 die Unabhängigkeit der Demokratischen Republik Kongo von Belgien verkündete, sagte er, dass «die Unabhängigkeit des Kongo ein entscheidender Schritt zur Befreiung des gesamten afrikanischen Kontinents ist» und dass die neue Regierung «ihrem Land dienen» werde. Dies war das Versprechen des Landes an den Kontinent; aber Lumumba wurde am 17. Januar 1961 vom imperialistischen Block ermordet, und das Land wurde den westlichen multinationalen Konzernen übergeben. Bevor er starb, schrieb Lumumba ein Gedicht, dessen Hoffnung weiterlebt:

> *Lass die glühende Hitze der unerbittlichen Mittagssonne*

> *deine Sorgen verbrennen*
> *Lass sie verdampfen im unvergänglichen Sonnenschein,*
> *diese Tränen, die ein Vater und dein Grossvater weinten*
> *als sie auf diesen trauervollen Feldern zu Tode gefoltert wurden.*

Es ist manchmal schwer, diese Hoffnung am Leben zu erhalten, während im Norden Nigerias die Zahl der Hungernden um 73%, in Somalia um 67% und im Sudan um 64% **zugenommen** hat (ein Viertel der dort lebenden Menschen leidet inzwischen an akutem Hunger). In Burkina Faso, dem «Land der aufrichtigen Menschen», ist die Zahl der Fälle von akutem Hunger während der Pandemie um 300% gestiegen. Als Thomas Sankara Burkina Faso ab 1983 vier Jahre lang regierte, verstaatlichte seine Regierung den Boden, um denen, die es bewirtschafteten, den Zugang zu garantieren, und die regierung initierte Baumpflanzungen und Bewässerungsprojekte, um die Produktivität zu steigern und die Wüstenbildung zu bekämpfen. Nachdem die Regierung 1984 ein Agrarreformgesetz verabschiedet hatte, ging Sankara nach Diébougou, wo er bei einer Bäuer*innenversammlung folgendes Versprechen gab: «Verbessert unser Land und bewirtschaftet es in Frieden. Die Zeit ist vorbei, in der die Menschen in ihren Stuben sitzen und Land auf Spekulation kaufen und wieder verkaufen können». All dies endete mit der Ermordung Sankaras im Jahr 1987.

Die Hungersnot, die diese Länder heimsucht, kommt nicht aus Mangel an Ressourcen. Die Demokratische Republik Kongo verfügt über 80 Millionen **Hektar** Ackerland, das zwei Milliarden Menschen ernähren könnte, wenn es agro-ökologisch mit Nahrungspflanzen bebaut würde; aber derzeit werden nur 10% des Ackerlandes des Landes bewirtschaftet. Inzwischen gibt das Land jährlich 1,5 Milliarden Dollar für Nahrungsmittelimporte aus – Geld, das für Investitionen in den Agrarsektor verwendet werden könnte, wo die Hauptarbeit von Subsistenzlandwirtinnen geleistet wird (denen weniger als 3% der Anbauflächen **gehören**). Ein Machtdefizit bei den Landwirt*innen und den Bäuer*innen führt zu einem einseitigen System, das eine Handvoll Agrobusiness-Konglomerate gegenüber Genossenschaften und Familienbetrieben privilegiert.



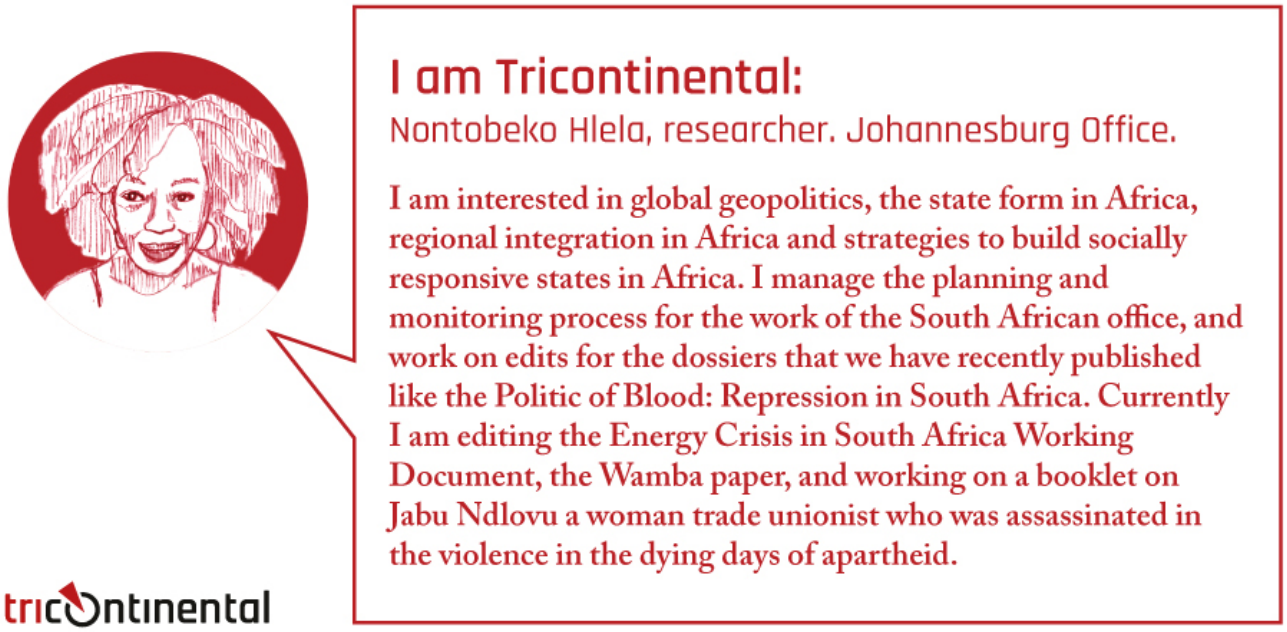
Parmar (Indien), *Riot* («Aufstand»), 1965-1975.

Das bringt uns zu Indien. Die rechtsextreme Regierung von Narendra Modi setzte im Oberhaus des Parlaments drei Agrargesetze per «Brüll-Abstimmung» durch, wobei die lautesten ihre Zustimmung schrien, während die problematischen Aspekte dieser Gesetze nicht diskutiert werden durften. Die Namen der Gesetzesentwürfe lassen eine Ausrichtung auf Kleinbäuer*innen vermuten, in Wirklichkeit werden sie Massnahmen in Gang setzen, die die Agrarunternehmen begünstigt: die *Farmers' Produce Trade and Commerce (Promotion and Facilitation) Bill*, die *Farmers (Empowerment and Protection) Agreement on Price Assurance and Farm Services Bill*, und die *Essential Commodities (Amendment) Bill*. Mit diesen Gesetzentwürfen wurde das gesamte Agrarsystem in die Hände von «Händler*innen», d.h. grossen Konzernen, gelegt, die nun die Bedingungen für Preise und Mengen festlegen werden. Da die Regierung nicht eingreift, sind die landwirtschaftlichen Familienbetriebe der Gnade der Grosskonzerne ausgeliefert, deren Macht nun weitgehend unkontrolliert ist. Dies wird sich nachteilig auf die Nahrungsmittelproduktion auswirken und sicherlich weiter zur Verarmung der Kleinbäuer*innen und Landwirtschaftarbeiter*innen in Indien beitragen.

Mit dem wachsenden Hunger steigen auch die Angriffe auf diejenigen, die den Boden bestellen. Kein Wunder, dass Bäuer*innen und Landarbeiter*innen in ganz Indien sagen, der Hunger werde sie noch vor dem Coronavirus töten. Dies ist ein Slogan, der den Bäuer*innen und Landarbeiter*innen in Brasilien bekannt vorkommen wird, die – wie wir in unserem **Dossier Nr. 27**, *Popular Agrarian Reform and the Struggle for Land in Brazil* («Populäre Agrarreform und der Kampf um Boden in Brasilien»), aufzeigten – sich seit langem im Zentrum eines Kampfes um die Demokratisierung von Boden befinden. Wie Sankaras Burkina Faso haben die tapferen Landlosen Brasiliens ihr eigenes Projekt: Sie wollen den Boden wieder aufforsten, der einst mit Agrotoxinen gesättigt war, ungenutztes Land besetzen, das sie dann mit agro-ökologischen Methoden bewirtschaften, und «eine breite Forderung nach einer neuen Vision für das ganze Land» ausarbeiten.

Herzlichst, Vijay.

Aus dem Englischen übersetzt von Claire Louise Blaser.



Nontobeko Hlela, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Johannesburg:

Ich interessiere mich für globale Geopolitik, Staatsformen in Afrika, regionale Integration in Afrika und Strategien zum Aufbau sozial agierender Staaten in Afrika. Ich leite den Planungs- und Monitoringprozess für die Tätigkeit des Südafrika-Büros und kümmere mich um die redaktionelle Bearbeitung der Dossiers, die wir kürzlich veröffentlicht haben, wie z.B. The Politic of Blood: Repression in South Africa. Gegenwärtig redigiere ich das Arbeitsdokument zur Energiekrise in Südafrika, den Wamba-Bericht und ich arbeite an einer Broschüre über Jabu Ndlovu, eine Gewerkschafterin, die während der Gewaltakten in den letzten Tagen der Apartheid ermordet wurde.